

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/209

29. Oktober 1976

Sympathie der Völker ist die Grundlage Europas

-----  
Ein Umfrageergebnis, das Parteien und Politiker ermutigen kann

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Nuklearentwicklung zwingt zu harter Kontrolle

-----  
Aktuelle Probleme des Nichtverbreitungsvertragsystems

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender  
des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle  
des Bundestages

Seite 3 bis 6 / 158 Zeilen

Die Preise auf der Tafel

-----  
Wachsende Stabilität als Lohn für eine konsequente  
Politik

Seite 7 / 41 Zeilen

Konsequenzen aus Fehlverhalten

-----  
Notwendige Feststellungen zur Generals-Affäre

Seite 8 / 43 Zeilen

Neue Rufnummer :

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telek: 08 88 20-18 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Sympathie der Völker ist die Grundlage Europas

Ein Umfrageergebnis, das Parteien und Politiker ermutigen kann

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Bundesrepublik fasziniert und beeindruckt die Franzosen unserer Tage, aber sie beschäftigt sie auch. Diese Erkenntnis eines französischen Meinungsforschungsinstituts bestätigt, was viele unserer Landsleute aus persönlichem Erleben kennen: Unsere Nachbarn im Westen haben aufgehört, unser Volk unter globalen Vorurteilen zu sehen. Hervorstechende Eigenschaften und Lebensumstände, Leistungen und führende Persönlichkeiten werden differenzierend, vergleichend und wertend zur Kenntnis genommen. Die Untersuchung, das verdient betont zu werden, ist von einigen bedeutenden Tageszeitungen bestellt worden. Ihre für uns erfreulichen Ergebnisse haben in Frankreich weite Verbreitung gefunden.

Der Vorgang gewinnt Interesse vor dem Hintergrund einer krisengeschüttelten und doch immer enger zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft. Als im Jahre 1972 die Staats- und Regierungschefs das Ziel einer europäischen politischen Union in das Blickfeld der Völker rückten, bemerkte Milton Friedman in einem Vergleich zwischen einer solchen Europäischen Union und dem Entstehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, daß allein schon die verschiedenen Sprachen der Alten Welt für immer unmöglich machen würden, das europäische Einigungswerk auf einer gemeinsamen Basis des Verstehens und des spontanen Austausches zu verwirklichen. Diese in sich richtigen Befürchtungen sind in Europa gewiß noch längst nicht entkräftet. Indes umfassen sie nur den geringsten Teil dessen, was die Völker Europas trennt. Der Weg vom System gegenseitigen Argwohns, Hasses und der Verachtung, mit welchem die Völker sich bis 1945 identifizieren mußten, - und Gelerntes wird meist erst in der nächsten Generation "vergessen" - zu dem durch die Umfrage aufgedeckten Maß an Sympathie und Respekt ist unendlich weit und mühevoll.

Wir erleben heute, daß ein Drittel der Franzosen unsere Lebensverhältnisse demokratischer findet als die eigenen. Über drei Viertel aller Franzo-

sen sehen die deutsche Industrie als die leistungsfähigste in Europa an, unter den Managern wird diese Auffassung sogar von 99 vH der Befragten geteilt. Dies sind Zahlen, die uns gewiß erfreuen, aber ein Gefühl der Überlegenheit wäre ganz abwegig. Nicht nur weil die Meinung der anderen ein sehr unstabiles Fundament sein kann. Die Zahlen wollen auch etwas ganz anderes sagen: Die Franzosen unserer Generation, die sich nach der Umfrage den Deutschen sehr verbunden fühlen, sind dabei, eben jene psychologischen Barrieren zwischen den Völkern Westeuropas abzubauen, die viel wichtiger sind als die Sprache. Sie geben damit den Politikern die Möglichkeit, ihre Länder auch substantiell enger aneinander heranzuführen, ohne daß die damit verbundene Aufgabe nationaler Vorbehalte noch das Gewicht hat wie vor Jahren.

Dabei spielt das Echo eine erhebliche Rolle, das die führenden Politiker in der Öffentlichkeit ihrer Partnerstaaten finden. Das Schicksal der eigenen Nation verbindet sich ja mit dem Vertrauen in ausländische Staatsmänner, wenn supranationale Organisationen in ein Stadium allumfassender Verbindlichkeit hineinwachsen. Die Verwurzelung nationaler Politiker im Bewußtsein der Nachbarvölker aber tritt zwangsläufig zurück hinter dem Wissen um die eigenen politischen Zusammenhänge. So erklärt sich, daß über die Hälfte der befragten Franzosen keine Meinung zur Person der beiden Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt äußern wollten. Wenn aber 35 bzw. 33 vH diese beiden Politiker eher sympathisch finden, so reflektiert dies auch die Hinwendung derjenigen unserer Partner, ohne die wir Europa niemals werden bauen können. Sie öffnen sich dem von Willy Brandt und Helmut Schmidt vertretenen Ziel einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaftsordnung in Europa, ausgerichtet an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Auf dieser Basis errichtet, wird Europa in der Lage sein, die nationalen Identitäten seiner Völker nicht als Hemmnis, sondern als Wirkstoff für das europäische Einigungswerk zu verstehen.

Die in dem Umfrageergebnis zum Ausdruck kommende Freundschaft der Franzosen gilt es auszubauen, und es ist wichtig, daß die Gefühle aller Völker der Europäischen Gemeinschaft füreinander eine ähnlich positive Aufwertung erfahren. Gegenseitige Sympathie der Völker ist kein Geschenk des Himmels, sondern das Ergebnis geduldiger und umfassender Bemühungen auf allen Ebenen - von den kleinsten Gemeinden bis hinauf zur Regierungsspitze. Das in der Umfrage gesetzte Zeichen aber wird alle am Aufbau Europas arbeitenden Parteien und Politiker ermutigen.

(-/29.10.1976/va/pr/ee)

## Nuklearentwicklung zwingt zu harter Kontrolle

---

### Aktuelle Probleme des Nichtverbreitungsvertragssystems

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender des  
Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Diskussion über den Export von Kernreaktoren und geschlossenen Brennstoffkreisläufen ist neu entfacht worden. Sie spielt zum Beispiel jetzt im amerikanischen Wahlkampf eine große Rolle. Die Diskussion ist zu begrüßen. Wir sollten uns jedoch den Gesamtzusammenhang vergegenwärtigen.

Der Deutsche Bundestag hatte den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen am 20. Februar 1974 ratifiziert. Der NV-Vertrag ist 1970 in Kraft getreten, war jedoch schon am 1. Juli 1958 zur Unterzeichnung aufgelegt worden. Dem Vorgang waren jahrelange Verhandlungen vorausgegangen, die ihrerseits wieder auf einem internationalen Problembewußtsein beruhten, das sich schon Ende der fünfziger Jahre, mit Schwerpunkt aber Anfang der sechziger Jahre entwickelt hatte. Im Mittelpunkt der Diskussion hatte damals die Frage gestanden, wie am ehesten verhindert werden konnte, daß sich die Zahl der Nuklearwaffen-Staaten ausbreitet, die sich auch auf die Stabilität des nuklearen Patte beider Großmächte ausgewirkt hätte. Die Diskussion war damals unter militärpolitischen Gesichtspunkten geführt worden.

Inzwischen haben sich die Schwerpunkte der Nuklearpolitik deutlich verschoben. Der Sicherheitsaspekt ist in den Hintergrund getreten. In den Vordergrund rückten statt dessen die technische Weiterentwicklung und die friedliche Nutzung der Kernenergie, der ungehinderte Zugang zu Brennstoffen und ganz besonders die Wettbewerbsfähigkeit der zivilen Kernindustrien. Dabei geht es um beträchtliche Werte. Diese Fragen spielten schon in der Ratifizierungsdebatte des Bundestages eine große Rolle, und zwar in Zusammenhang mit dem Verifikationsabkommen, das die Überwachung der Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Zusammenarbeit mit Euratom regelt. Dabei war darauf zu achten, daß der deutschen Kernindustrie durch die Überwachung nicht Kosten entstehen, welche ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht zu tragen hat.

Die amerikanische Atomenergiebehörde war lange Zeit fast der einzige Lieferant von spaltbarem Material. Seine Lieferung war in der Regel mit dem Verkauf von Kernreaktoren gekoppelt. Durch Kontrollen und Auflagen für die Empfänger versuchte die amerikanische Regierung, diese Lieferungen zu einem Instrument ihrer Nichtverbreitungspolitik zu machen und tut dies auch noch heute. Die Bedingungen für den Erfolg dieser Bemühungen haben sich aber entscheidend geändert. Frankreich und Kanada z.B. haben sich in der Vergangenheit als Reaktorexporteure erwiesen, die leider auch mit minimalen Kontrollauflagen liefern, weil sie hoffen, damit ihre Handelsbilanzdefizite vermindern zu können. Mit den Reaktoren zur Erzeugung von Kernenergie wird jedoch

zwangsläufig auch technisches Wissen importiert, das zur Produktion von Kernwaffen eingesetzt werden kann.

#### Die militärischen Aspekte

Es ist allerdings ein langer Weg von der ersten Versuchsexplosion bis zum Aufbau einer militärisch ernstzunehmenden nuklearen Streitmacht. Die Fähigkeit zur Entwicklung von Sprengsätzen genügt hierfür keineswegs. Hinzu kommen muß die Kapazität zur Produktion von Sprengkörpern in ausreichender Zahl, zur Entwicklung und Produktion von Trägersystemen, zur Entwicklung und zum Betrieb eines lückenlosen Frühwarnsystems, eines gegen Störungen und menschliches Fehlverhalten abgesicherten militärischen Führungssystems und zur Ausbildung einer großen Zahl von Menschen, die alle diese hochkomplizierten Systeme bedienen und im technischen Wettlauf mit den potentiellen Gegnern weiterentwickeln können. Die hierfür erforderlichen Aufwendungen dürften selbst ein hochindustrialisiertes Land bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit belasten. Hinzu kommt, daß Nuklearmächte in der Lage sein sollten, einen Atomschlag auszuhalten und danach noch den vernichtenden Gegenschlag führen zu können. Diese Dimension militärischer Aspekte des Proliferationssystems kann nicht übersehen werden.

Dringlicher erscheint heute das Problem der sogenannten "subnationalen Diversion", d.h., des Diebstahls von spaltbarem Material. Mit zunehmender Reaktorenzahl vermehrt sich auch die Menge des im Umlauf befindlichen spaltbaren Materials in Reaktoren, Fabrikationsanlagen für Brennelemente und in Wiederaufbereitungsanlagen für Plutonium liegt spaltbares Material, teilweise in relativ leicht zu transportierender Form. Besonders gefährdet sind die Transporte sowie die Lagerstätten. Einzelpersonen oder Personengruppen könnten Brennelemente stehlen, um sie unter der Hand zu verkaufen. Potentielle Abnehmer wären etwa Länder, die heimlich ein Kernwaffenpotential aufbauen oder vergrößern wollen, ohne ein Wettrüsten auszulösen. Als Abnehmer kämen aber auch Reaktoranlagen in Frage, die Verluste an Brennmateriale ausgleichen oder kostenwirksamen Kontrollauflagen entgehen wollen. Besonders gefährlich ist die Möglichkeit, daß Terroristengruppen dadurch bestehende internationale Konflikte im Sinne ihrer Zielsetzungen verschärfen könnten.

#### Sicherheitsprobleme und Wettbewerb

Frankreich hat bereits die Lieferung von fünf Kernkraftwerken mit einer Leistung von je 1.000 Megawatt an den Iran zugesagt, wobei über die Kontrollauflage allerdings nichts bekanntgeworden ist. Die Kontrolle des spaltbaren Materials wird mit zunehmender Reaktorzahl ohnehin schwieriger werden. Bei allen Reaktoren entstehen beim Betrieb Abfallprodukte, die in entsprechenden Anlagen zur weiteren Verwendung wiederaufbereitet werden können. Staaten mit solchen Anlagen verfügen über einen relativ schwer kontrollierbaren sogenannten "geschlossenen Brennstoffkreislauf". Es liegt auf der Hand, daß derjenige einen Wettbewerbsvorteil hat, der Kernkraftwerke mit weniger als den anderswo üblichen Sicherungsmaßnahmen anbietet. Die Lieferanten von Kernreaktoren, die hohe Sicherheitsstandards einhalten, haben nicht nur Wettbewerbsnachteile zu gewärtigen; sie setzen sich auch politischem Druck aus,

weil der potentielle Käufer derartige Sicherheitsmaßnahmen oder Auflagen zur Kontrolle des spaltbaren Materials nur zu leicht als Diskriminierung empfindet. Handelt es sich dabei um Rohstoffländer, so besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sie im Falle strenger Auflagen ihre eigenen Erzeugnisse bevorzugt anderen Lieferanten von Kernkraftwerken anbieten, die sich mit weniger strengen Auflagen begnügen.

Angesichts dieser Probleme und der großen Zahl von Staaten, für die der Nichtverbreitungsvertrag noch nicht gilt, darf es dennoch nicht zu einem ungehemmten Wettlauf um Kunden kommen. Ein Ausverkauf der Kontrollen über die Verwendung des spaltbaren Materials und der Sicherungen für den Schutz der Reaktoranlagen darf nicht stattfinden. Um ihn zu verhindern, ist zunächst die Einigkeit aller Staaten erforderlich, die über eine exportierende Kernindustrie verfügen. Eine gemeinsame Haltung der Exporteure kann allein noch nicht genügen. Sie darf sich vor allem nicht einseitig gegen die Importländer, insbesondere in der "Dritten Welt" auswirken.

#### Verträge sind nicht überflüssig

Die Kritiker der Nichtverbreitungspolitik gehen allerdings davon aus, daß der Nichtverbreitungsvertrag niemals universale Geltung erlangen werde, daß man die Verwendung des spaltbaren Materials nicht werde kontrollieren können und daß die Proliferation der Kernwaffen unaufhaltsam sei. Selbst wenn man diese Prognose für zutreffend hält, kann daraus nicht der praktische Schluß gezogen werden, daß Verträge überflüssig seien. Vielmehr wäre es dann die Aufgabe der Nichtverbreitungspolitik, die unkontrollierte Ausbreitung von Kernbrennstoffen so zu verlangsamen, daß international der Lernprozeß nachgeholt werden kann, der in Nordamerika und Europa in den letzten 30 Jahren hinsichtlich der Kernwaffen stattgefunden hat. Es ist zu erwarten, daß ein solcher Lernprozeß auf internationaler Ebene dazu führen würde, daß die Kernwaffen mit derselben skeptischen Nüchternheit beurteilt werden, wie sie heute in den beiden Bündnissystemen vorherrscht. Zur gewissen Hoffnung gibt hier die Entwicklung des strategischen Denkens in der Volksrepublik China Anlaß. Vom Ausgleich nuklearer Überlegenheit durch die größere Menschenzahl ist dort heute keine Rede mehr.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es im Nahen Osten, in Lateinamerika und in Asien Mächte gibt, die in absehbarer Zeit dazu befähigt sein werden, in der Weltpolitik eine wesentliche Rolle zu spielen. Ob sie zu diesem Zweck ein Nuklearpotential aufbauen, hängt unter anderem vom Verhalten der derzeitigen Führungsmächte und ihrer Verbündeten ab. Eine entscheidende Signalwirkung dürfte in diesem Zusammenhang vom Stand der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der strategischen Rüstungen ausgehen. Der Nichtverbreitungsvertrag enthält die ausdrückliche Verpflichtung der Nuklearmächte, die existierenden Potentiale zu begrenzen und allmählich auch zu vermindern. Die bisherigen Ergebnisse dieser Verhandlungen sind unbefriedigend. Dies wirkt sich auf die Bereitschaft zum Erwerb einer nuklearen Rüstung spürbar aus, wie die Sympa-

thiewelle für Indien im Anschluß an die Versuchsexplosion 1974 gezeigt hat. Wenn SALT keine konkreten Ergebnisse bringt und nichts weiter als eine Formel für stabiles Wettrüsten wird, dann muß für die Boer Jahre eine internationale Rüstungsstruktur gewärtigt werden, die nicht nur aufgrund der Proliferation von Kernwaffen in andere Regionen, sondern auch wegen der Anhäufung hochkomplexer Waffensysteme in den jetzigen Nuklearstaaten kaum noch überschaubar wäre. Internationale Rüstungskontrollpolitik wäre dann unmöglich.

#### Probleme des "Brasilien-Geschäfts"

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang auf das sog. "Brasilien-Geschäft" der Bundesregierung vom 27. Juni 1975 eingehen. Die Bundesrepublik beteiligt sich an der friedlichen Weiterentwicklung der Nuklearenergie, denn wir brauchen sie als Energieträger. Wir halten uns streng an die Bestimmungen des NV-Vertrages auch beim Export von Reaktoren. Brasilien ist nicht Mitglied des NV-Vertrages, es hat aber in dem Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland die Kontrolle der Wiener Atombehörde akzeptiert. Wir sind über die gegenwärtige Handhabung des NVV hinausgegangen, denn der Vertrag enthält einen Passus, aus dem hervorgeht, daß Brasilien sich auch der Kontrolle der Anlagen unterwirft, die es auf der Grundlage unserer Technologie baut. Der NV-Vertrag verlangt nur die Kontrolle des spaltbaren Materials. Wir haben im Vertrag mit Brasilien die Kontrolle der gesamten Anlagen vorgesehen.

Staaten, die nicht dem NV-Vertrag beigetreten sind, wie Brasilien, sind frei von jeglicher Kontrolle. Nach meiner Auffassung müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst jeden Staat davon zu überzeugen, daß der Beitritt zum NVV der geeignetste Weg ist, der nuklearen Probleme Herr zu werden. Gelingt das nicht, dann muß zumindest erreicht werden, daß sie sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Kernenergie Kontrollen unterziehen. Wir haben uns beim Brasilien-Geschäft entsprechend verhalten. Wir haben damit einen Weg eingeschlagen, der eine konstruktive Anregung ist für den Umgang zwischen NV-Staaten und Staaten, die dem Vertrag noch nicht beigetreten sind.

(-/29. 10. 1976/va/or/ew)

+ + +

### Die Preise auf der Tafel

---

#### Wachsende Stabilität als Lohn für eine konsequente Politik

Der Ausrutscher im August, als die Preiserhöhung noch einmal auf 4,6 vH sprang, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Inflationszug schon lange nicht mehr voll beschleunigen kann. Dies wundert umso mehr, als von stark rückläufigen Importpreisen keineswegs die Rede sein kann, auch wenn zu beachten ist, daß die mit reichlich 12 vH seit Jahresbeginn ausgewiesene stille Aufwertung der Deutschen Mark der binnenwirtschaftlichen Stabilitätsentwicklung wirksamen Flankenschutz gewährt hat.

Das beste Beispiel dafür sind die Verbraucherpreise für Benzin und Heizöl, die sich trotz gegenteiliger Bemühungen der Interessenten per Saldo noch freundlich entwickelt haben. Allerdings macht sich zwangsläufig auch bemerkbar, daß der bis dahin oft über Gebühr beklagte Lohnkostenanstieg vor nun beinahe 12 Monaten zum Stillstand gekommen ist, so daß es von diesem in der Argumentation oft gewöhnlich überstrapazierten Punkt keine Veranlassung gab, Kosten auf die Endverbraucherpreise zu überwälzen; zumindest nicht in dem Umfang, der eine Rückführung der Preissteigerungsrate erschwert oder gar unmöglich gemacht hätte.

Seit wieder eine "3" vor dem Komma aufgetaucht ist, stehen Freude und Befriedigung aber nicht mehr allein. Da schleicht sich vielleicht schon wieder Gefahr in die Kulissen, auch wenn rein rechnerisch der Preisüberhang für 1977 so dürftig wie schon lange nicht mehr ausfallen dürfte. Das ändert aber nichts an dem katastrophalen Fehlschluß, daß mehr Preisstabilität, als inzwischen erreicht, im Grunde nicht vonnöten sei, zumal ein noch größeres Preisgefälle zu anderen Staaten den Aufwertungsdruck auf die Deutsche Markt bis in jene Bereiche vergrößere, in denen der Export tatsächlich und nachhaltig mit allen Folgen für die Arbeitsplätze in Gefahr gerate. Dabei läßt sich empirisch nachweisen, daß ein Optimum an Inflationsfreiheit die beste Voraussetzung sowohl für Gewinne und Löhne als auch für den Bestand von Arbeitsplätzen und Unternehmen ist. Man muß ziemlich weit zurückdenken, um einen ähnlich niedrigen Inflationssockel für den Start in ein neues Wirtschaftsjahr auszumachen. Es wäre also töricht, die Chance leichtfertig aufs Spiel zu setzen, den Preisanstieg auch 1977 noch weiter abbremsen zu können.

Der Bundesbank fällt dabei die wichtige Rolle zu, die auf ein stabiles Wachstum ausgerichtete Konjunktur- und Budgetpolitik der Bundesregierung durch eine diesen Erfordernissen angepasste Geldmengenpolitik zu unterstützen. Dennoch sollte man die Erwartungen in Erfolge bei der Inflationsbekämpfung nicht zu hoch ansetzen: etwa, daß in zwölf Monaten gar schon eine "2" vor dem Komma stehen könnte, auch wenn der Vergleich dazu verführen könnte. Vor Jahresfrist nämlich - und das macht die Erfolge der bisherigen Stabilitätspolitik erst deutlich - lag im Oktober 1975 die Preissteigerungsrate noch bei 5,8 vH. Binnen zwölf Monaten konnte das Tempo der Teuerung also um rund ein Drittel verlangsamt werden.

Theodor Tammes  
(-/29.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

### Konsequenzen aus Fehlverhalten

---

#### Notwendige Feststellungen zur Generals-Affäre

Die Äußerungen der Luftwaffen-Generale Krupinski und Franke zu dem vergleichsweise unbedeutenden Fall der Teilnahme des ehemaligen Sturzkampffliegers und Neonazis Hans-Ulrich Rudel an einem Traditionstreffen in einer Bundeswehrkaserne sind erschreckend. Erschreckend nicht nur, weil sie Rückschlüsse auf die geistig-politische Haltung dieser hohen Offiziere zulassen, sondern weil sie auch ein unerlaubtes Maß von Ignoranz offenbaren. Die Demokraten brauchen deshalb nicht zu verzweifeln: Es gibt ausreichend Beweise dafür, daß die beiden Luftwaffengenerale nicht für die Generalität oder das Offizierskorps der Bundeswehr insgesamt sprechen, und daß dieses Ereignis somit auch keinen exemplarischen Charakter hat.

Beide Generale gehören zu den höchsten Militärs der Bundesrepublik. Ihr Wort erhält vom Amt her Gewicht. Beide haben sich entschlossen, diesem Staat zu dienen und beschworen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Mit ihrem Verhalten haben sie dem Ansehen des Staates geschadet und auch der Armee, der sie angehören, Schaden zugefügt. Schaden nach drinnen und draußen. Draußen - und nicht nur im Ostblock - wird das Gerede wieder aufleben von der rechtskonservativen Armee, die eher zu fürchten, denn als verlässlicher Partner anderer demokratischer Staaten zu schätzen ist.

Gravierender aber erscheinen die Schäden, die nach drinnen angerichtet werden könnten. Wollte man die Vorgänge um den ehem. Luftwaffeninspekteur Rall, den Auftritt des chilenischen Offiziers Kraushaar in der Führungsakademie der Bundeswehr und die Äußerungen der Generale Krupinski und Franke in eine Reihe stellen, dann gäbe das freilich ein schlechtes Bild von der geistigen Entwicklung in der Bundeswehr. Ein solches Verhalten müßte auch das Vertrauen gefährden, das die Bundeswehr im Volk genießt.

Der lange andauernde Streit zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr ist unter den sozialdemokratischen Verteidigungsministern Schmidt und Leber begraben worden, die Armee ist voll in die Gesellschaft integriert. Hier darf kein Rückfall geduldet werden.

Es darf aber auch nicht das Bild entstehen, daß in unserem Staat zwar der 19jährige Gefreite bestraft wird, weil er vielleicht mehr oder weniger zufällig bei der Demonstration einer kommunistischen Organisation mitgelaufen ist, während sich in der entgegengesetzten Extremposition des politischen Spektrums Generale ungetadelt tummeln dürfen. Das Parlament wird sich auch in seiner Gesamtheit gegen den Angriff auf die politische und moralische Integrität eines seiner Mitglieder zu verwahren haben.

Der Bundesverteidigungsminister hat eine Überprüfung angeordnet. Disziplinäre Klärungen derartiger Vorgänge dauern lange. Offiziere legen an sich und ihre Untergebenen einen sehr hohen Maßstab an, wenn es darum geht, Konsequenzen aus Fehlverhalten zu ziehen. Beide Generale würden dem Ansehen der Bundeswehr einen großen Dienst leisten, wenn sie den Verteidigungsminister unverzüglich um ihre Beurlaubung bis zum Abschluß des einzuleitenden Verfahrens bäten.

Wolfgang Fechner  
(-/29.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller